

Aktive politische Debatte ist der Schlüssel

Welche Gefahren birgt eine Abspaltung von der Gesellschaft und wie kann dies verhindert werden? Christian Frommelt erklärt.

Interview*: Julia Strauss

Uneins mit den Regierungsmassnahmen, dem politischen System und den Medien sowie: Ein Teil der Corona-Protestbewegung spricht darüber, die geltende Demokratie nicht mehr zu akzeptieren und sich gänzlich von der Gesellschaft abzuspalten. **Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein Instituts**, spricht über die Gefahren solch einer gewünschten Parallelgesellschaft.

Herr Frommelt, kurz und knapp: Was ist eine Parallelgesellschaft??

Christian Frommelt: Parallelgesellschaft ist ein Begriff aus der Soziologie. Seinen Ursprung hat der Begriff in der Debatte um die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in den 1990er-Jahren. Vereinfacht ausgedrückt, versteht man darunter die siedlungsräumliche oder sozial-interaktive Abschottung einer ethnisch oder religiös homogenen Bevölkerungsgruppe von der Mehrheitsgesellschaft.

In den einschlägigen Telegram-Gruppen wird davon gesprochen, eine «zweite Regierung» zu installieren. Was würde noch benötigt werden für eine abgespaltene zweite Gesellschaft?

Für die verschiedenen Protestbewegungen gegen die Coronapolitik finde ich den Begriff der Parallelgesellschaft nicht passend. Dafür ist die Gruppe der Coronaskeptiker viel zu hetero-

«Nur ein kleiner Teil ist rechts-extrem.»



Christian Frommelt
Direktor
Liechtenstein Institut

gen. Allenfalls kann man von einer sozialen und kommunikativen Segregation sprechen, wonach man sich nur mehr mit Gleichgesinnten trifft. Bei den Bestrebungen von einzelnen Coronaskeptikern nach eigenen Institutionen ist zwischen privaten und öffentlichen Institutionen zu differenzieren.

Dann ist es in der Theorie möglich, private Institutionen zu errichten?

Private Institutionen wie beispielsweise Krankenkassen können mit den nötigen Ressourcen theoretisch durchaus errichtet werden. Ob dann eine solche neue Krankenkasse tat-



Christian Frommelt: «Eine zweite Regierung lässt sich nicht installieren.»

Bild: Tatjana Schnalzger

sächlich zugelassen wird, hängt aber wiederum von den Verfahren des jeweiligen nationalen Gesundheitssystems ab.

Eine «zweite Regierung» hingegen lässt sich nicht installieren. Das ist eine ziemlich abstruse Vorstellung. Denn die Ausübung hoheitlicher Macht durch eine Regierung kann nur innerhalb eines Staatsgebietes erfolgen und einen neuen Staat kann man nicht einfach so gründen.

Sehen Sie es als realistisch, dass solche Parallelgesellschaften, als Beispiel die Reichsbürger, bereits existieren?

Es ist umstritten, ob vollständige Parallelgesellschaften im eigentlichen Sinne tatsächlich existieren. Aber natürlich gibt es weltweit etliche mehr oder weniger autonome Gemeinschaften und Bewegungen, die verschiedene Merkmale von Parallelgesellschaften aufweisen. Die Reichsbürgerbewegung würde ich aber vor allem unter dem Phänomen des politischen Extremismus betrachten. Bei Reichsbürgern oder Selbstverwaltern handelt es sich um Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven wie z.B. unter Berufung auf das historische Deutsche Reich oder verschwörungstheoretische Argumentationsmuster die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und damit deren Rechtssystem und gewählte Repräsentanten ablehnen.

In welchem ideologischen Umfeld bewegen sich solche Gruppierungen?

Sowohl organisatorisch als auch ideologisch ist die Bewegung sehr heterogen. So lassen sich

beispielsweise nur bei einem kleinen Teil der Szene rechtsextremistische Ideologieelemente beobachten. Gemeinsam ist den verschiedenen, teils miteinander konkurrierenden Gruppierungen und Strömungen einzig die Ablehnung der Bundesrepublik als souveräner und legitimer Staat.

Ist eine Gruppierung wie die der Reichsbürger gefährlich für die Demokratie?

Die Reichsbürgerbewegung zeichnet sich durch eine gewisse Waffenaffinität und Militanz aus. Entsprechend wird sie gerade in Deutschland eng durch den Verfassungsschutz beobachtet. Eine ernsthafte Bedrohung der Demokratie in den deutschsprachigen Staaten sehe ich durch die Reichsbürgerbewegung aber im Moment nicht. Dafür ist sie zu klein und zu zerstreut. Auch wenn wir den Blick über extremistische Bewegungen hinaus auf die aktuellen Proteste gegen die Coronapolitik richten, sehe ich die Demokratie nicht gefährdet.

Der Begriffe Spaltung der Gesellschaft und Vertrauensverlust tauchen überall auf? Gibt es hier Anlass zur Sorge

Vierorts hat das Vertrauen in die politischen Institutionen in der Krise insgesamt eher zugenommen. Ebenso würde ich die aktuell oft betonte Spaltung der Gesellschaft relativieren. Eine solche Spaltung suggeriert, dass sich zwei gleich grosse Lager unversöhnlich gegenüberstehen. Das ist aus zweierlei Gründen aber nicht der Fall. Einerseits bilden die Massnahmenbefürworter die grosse Mehrheit und andererseits gibt es sowohl bei den Massnahmenbefürwortern als auch

-gegnern Radikale und Gemässigte, wobei Letztere auf beiden Seiten die Mehrheit bilden.

Und trotzdem gibt es darunter Personen, die nicht mehr gemässigt unterwegs sind.

Selbstverständlich hat sich die Gesellschaft im Zuge der Coronapandemie weiter polarisiert und in Teilen leider auch radikalisiert. Diese Entwicklungen sollten nicht unterschätzt werden. Die Demokratie ist damit aber nicht bedroht.

Wo liegt der Unterschied zwischen harmlosen Fantasien und dem Überschreiten von roten Linien?

Das lässt sich nicht so pauschal sagen. Die Ablehnung der staatlichen Ordnung und der Grundprinzipien der Demokratie sollte nie verharmlost werden. Allerdings macht es natürlich einen grossen Unterschied, ob sich jemand in die Selbstversorgung zurückzieht oder öffentlich gegen den Staat agitiert. Für die Sicherheitsbehörden ist es wichtig, Radikalisierungsprozesse früh zu erkennen.

Sehen Sie auch die Medien in der Pflicht?

«Die Gesellschaft hat sich weiter polarisiert und in Teilen leider auch radikalisiert. Diese Entwicklungen sollten nicht unterschätzt werden.»

Christian Frommelt
Liechtenstein Institut

Gedankengut sind demnach zwar deutlich sichtbarer geworden, ihre Anhängerschaft hat sich aber nur geringfügig vergrössert und vor allem haben sie, auf die Gesamtbevölkerung betrachtet, nicht mehr Zuspruch erhalten. Das ist aber nur eine Momentaufnahme und muss weiter beobachtet werden.

Was kann die Gesellschaft tun, damit diese Personen wieder zurückfinden?

Bei extremistischen Bewegungen wie den Reichsbürgern kommt es nur selten zu einer dauerhaften Lossagung von der Szene. Im Zentrum stehen deshalb Bemühungen gegen eine weitere Radikalisierung und vor allem gegen eine weitere Verbreitung von radikalem Gedankengut. Zu den möglichen Mitteln hierfür zählen Aufklärung und Sensibilisierung ebenso wie das gezielte Monitoring und die Analyse entsprechender Aktivitäten und Bewegungen.

Und wie muss sich die Politik bemühen?

Verschwörungstheorien sind ferner immer auch ein Symptom für die Entfremdung von der institutionalisierten Politik. Politische Bildung und Partizipation können hier helfen. Das Wichtigste ist aber nach meiner Meinung, dass sich die öffentliche Debatte nicht nur auf einzelne politische Themen konzentriert. Es soll in der Politik nie nur um Corona, den Klimawandel, die Migration oder sonst irgendeines dieser dominanten Themen gehen.

Stichwort politische Debatte. Kam diese in der Coronapandemie zu kurz?

«Radikalisierung findet nie ganz ungewollt statt.»

Christian Frommelt
Forschungsleiter Politik am
Liechtenstein Institut

Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger ganz unterschiedliche Interessen, Werte und Meinungen haben. Der Schlüssel, um diese Themenvielfalt und diesen Pluralismus zu managen, ist die aktive politische Debatte. In der Coronapandemie kam diese Debatte tatsächlich zu kurz und die Politik hatte die Züge einer Technokratie. Das war krisenbedingt nötig, kann auf Dauer aber nicht funktionieren.

Hinweis*: Das Interview wurde schriftlich geführt.